

I M P R E S S U M

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw., Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Markus Marterbauer (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz), Katharina Klee (Chefredakteurin), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer, Georg Feigl, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Richard Halwax, Karin Hinteregger, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Klaus-Dieter Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Elke Radhuber, Charlotte Reiff, Alexander Schneider, Georg Sever, Barbara Stöger, Paul Sturm, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat), Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Silvia Angelo, Beatrix Beneder, Gerhard Bröthaler, Thomas Delapina, Nina Ehrensberger, Astrid Fadler, Georg Feigl, Sophia Fielhauer-Resei, Mathias Grandosek, Sonja Grusch, Martin Haiden, Harald Kolerus, Markus Marterbauer, Amela Muratovic, Gabriele Müller, Miron Passweg, Elke Radhuber, Christian Resei, Irene Steindl, Christoph Streissler, Paul Sturm, Josef Zuckerstätter

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-; Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-. Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB:

Mehr Rechte für Betriebsräte!

Bundeskongress: Verbesserung für die Arbeit der Betriebsräte gefordert.

Der Leittrag des ÖGB-Bundesvorstands an den Bundeskongress im Juni enthält neben politischen Forderungen zur Bildungs-, Pensions-, Arbeitsmarkt-, Gesundheits- und Wirtschaftspolitik auch viele Punkte, um das Leben der BetriebsrätInnen zu erleichtern und die Mitbestimmung zu stärken.

„Die Wirtschaft verändert sich, und an die neue Lage müssen auch die Rechte der BelegschaftsvertreterInnen angepasst werden“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. Der Bundesvorstand fordert daher, dass es neben den bestehenden Betriebsräten neue Mitbestimmungsformen für größere Einheiten geben soll, z. B. für Einkaufszentren.

Bei bestehenden Rechten muss die Durchsetzung verbessert werden. Wird die Belegschaft nicht eingebunden, sollen Firmenentscheidungen per einstweiliger Verfügung aufgehoben bzw. aufgehoben werden können. Weil Betriebe immer mehr Beschäftigte durch LeiharbeiterInnen ersetzen, verlangt der ÖGB, dass deren Beschäftigung nur noch mit Zustimmung des Betriebsrats möglich

ist. Die Herausforderungen für die BetriebsrätInnen werden immer größer, sie brauchen bessere rechtliche Absicherung. Achitz: „Auch Ersatzmitglieder und alle, die sich aktiv an den Betriebsratswahlen beteiligen, sollen vor Kündigung geschützt sein.“ Die Bildungsfreiheit soll nicht nur für BetriebsrätInnen und JugendvertrauensrätInnen gelten, sondern auch für die jeweils gewählten Ersatzleute. Durch Entwicklungen auf europäischer Ebene dürfen nationale Standards der Mitbestimmung nicht verschlechtert werden. Jede europäische Rechtsform muss die Einführung verpflichtender europäischer Regeln zur Beteiligung und Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen erfüllen, die nicht hinter das Modell der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) zurückfallen dürfen. Bestehende Defizite und Umgehungsmöglichkeiten müssen beseitigt werden. In einer Rahmenrichtlinie sollen die bereits bestehenden Rechte der Europäischen Betriebsräte zusammengefasst werden.

Mehr Infos unter:

www.betriebsraete.at

Arbeiterkammer:

Wenn die Handy-Falle zuschnappt

Vermeintliche Gratis-Angebote am Handy oft teure Abo-Kostenfallen.

Die Überraschung kommt mit der Handy-Rechnung. Über Posten wie WAP- bzw. Web-Billing oder Mehrwert-SMS werden kostenpflichtige Abo-Dienste Dritter abgerechnet. Handy-NutzerInnen fangen mit diesen Begriffen und Beträgen oft nichts an. Die Betreiber halten sich bedeckt. Ein Kündigen des Abos ist oft mühsam. Eine im Auftrag der AK vom Österr. Institut für Telekommunikation durchgeführte Erhebung zeigt:

Handy-NutzerInnen werden über die verschiedenen Abrechnungsformen für Dienste Dritter wie Web- und WAP-Billing vorab oft schlecht informiert. Mit Web- oder WAP-Billing und Mehrwert-

SMS können kostenpflichtige Inhalte über die Mobilfunkrechnung bezahlt werden. Bezeichnungen und Zusammenfassung verschiedener Dienste auf der Rechnung, etwa WAP/Web/SMS-Dienst, „Einkauf digitale Güter“ oder „Premium SMS und Dienste“ sind oft intransparent. Bei einigen Mobilfunk Anbietern werden alle Dienste unter einem Posten zusammengefasst. Für NutzerInnen ist so die Art der Abrechnung nicht ersichtlich. Die Unterscheidung ist aber für die Kontrolle und Kündigung eines konkreten Dienstes relevant.

Mehr Infos unter:

tinyurl.com/cufk3uh

ÖGJ:

„Wir geben keine Ruhe!“

Die Gewerkschaftsjugend hat mit Sascha Ernszt einen neuen Vorsitzenden und macht Druck für mehr Qualität in der Lehrlingsausbildung. Die Wirtschaft muss wieder mehr ausbilden.

„Wir geben erst dann Ruhe, wenn unsere Forderungen umgesetzt sind!“ – diese Ansage machte Sascha Ernszt in seiner Antrittsrede. Ernszt wurde mit 92,3 Prozent der Stimmen zum neuen Bundesvorsitzenden der Österreichischen Gewerkschaftsjugend gewählt. Der 25-Jährige folgt auf Jürgen Michlmayr, der seit November 2006 ÖGJ-Vorsitzender war.

Am 27. April ging der 33. ÖGB-Bundesjugendkongress in Wien über die Bühne. „Wir sagen den Unternehmen den Kampf an, die Lehrlinge ausbeuten oder die erst gar keine ausbil-

den.“ Bis alle Ziele der Gewerkschaftsjugend erreicht seien, werde noch viel zu tun sein, sagte der neu gewählte ÖGJ-Vorsitzende Sascha Ernszt, aber die Jugend dürfe deswegen nicht vorzeitig aufgeben. Kurz gesagt: „Lasst die Köpfe nicht hängen, lasst die Köpfe rauchen!“

Das Forderungsprogramm, das die Kongressdelegierten beschlossen haben, umfasst viele Bereiche: Die Fachkräftemilliarde muss rasch umgesetzt, die Qualität in der Lehrlingsausbildung erhöht werden. Die Lehre mit Matura soll kostenlos absolviert werden können,

**Mitmischen
statt Auslöffeln**

und die Lehrlinge müssen bei voller Bezahlung für die Prüfungsvorbereitung frei bekommen. Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, die schon im Lehrlingsalter problematisch sind, müssen beseitigt werden.

Mehr auf: www.oegj.at

ÜBER ÖSTERREICH, DEUTSCHLAND UND EUROPA. VOR DER WAHL IST NACH DER WAHL

Podiumsdiskussion

Datum: Montag, 10. Juni 2013, 18:30 Uhr
Ort: Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Podiumsdiskussion mit:

Wolfgang Lieb, NachDenkSeiten – Die kritische Website

Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien

Moderation: Katharina Klee, Chefredakteurin Arbeit&Wirtschaft

Nationalratswahlen in Österreich und Bundestagswahl in Deutschland im Herbst 2013.

Europawahl im Mai 2014.

Sowohl Deutschland als auch Österreich sind im Vergleich mit den meisten anderen EU-Ländern bisher noch einigermaßen gut durch die Krise gekommen. Gleichzeitig meinen viele, die beiden Länder hätten weniger zur Lösung der Krise beigetragen, als sie wirtschaftlich könnten und man politisch von ihnen erhoffen würde. Deutschland verschärft durch seine Vorgaben sogar den Austeritätskurs, die Wettbewerbsorientierung und die neoliberale Ausrichtung der EU-Strategie, und auch Österreich muss sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht viel dagegen zu tun. Wo aber sind die tatsächlichen Spielräume für eine alternative, emanzipatorische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in der EU?

Mehr Infos:

NachDenkSeiten: <http://nachdenkseiten.de>

A&W-Blog: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at>

A&W-Website: <http://arbeit-wirtschaft.at>

A&W-Facebook: <http://facebook.com/arbeit.wirtschaft>

A&W-Twitter: <http://twitter.com/AundW>

Die Veranstaltung via Live-Stream:
<http://livestream.arbeit-wirtschaft.at>

Info und Anmeldung: veranstaltung@oegbverlag.at

Eintritt frei!

Eine Veranstaltung der Arbeit&Wirtschaft
in Kooperation mit den NachDenkSeiten und ÖGB-Verlag.

ÖGB VERLAG

NachDenkSeiten
Die kritische Website

Nicht wie ein Kaninchen vor der Schlange stehen

Ursula Holtgrewe zu alten Ängsten, neuen Technologien und Ingenieurslogik.

ZUR PERSON

Dr.ⁱⁿ Ursula Holtgrewe



Geb. 1962 in Berlin
Studium der Soziologie und Politikwissenschaften an der Philipps-Universität Marburg und am Goldsmiths' College in London, Promotion im Graduiertenkolleg „Arbeit – Technik – Qualifikation“ an der

Universität Kassel, Habilitation in Soziologie an der Universität Duisburg-Essen

1993–2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin, Habilitationsstipendiatin und Projektleiterin an der Universität Duisburg

2001–2002 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Innovationsforschung an der TU Chemnitz

Seit 2003 Privatdozentin für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen; Gast- und Vertretungsprofessuren an den Universitäten Duisburg-Essen, Mainz und Wien

2005–2006 Visiting Scholar an der School of Industrial and Labor Relations, Cornell University

Seit Frühjahr 2006 Teamleiterin für „Arbeit, Organisation, Internationalisierung“, seit März 2013 wissenschaftliche Leiterin bei FORBA

Arbeit&Wirtschaft: Dr.ⁱⁿ Ursula Holtgrewe, Sie sind wissenschaftliche Leiterin der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), die aktuelle Arbeit&Wirtschaft befasst sich mit „Modern Times“, neuen Technologien und deren Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Müssen wir uns fürchten?

Ursula Holtgrewe: Ich habe in den 1980er-Jahren meine Diplomarbeit über Büro-rationalisierungen geschrieben. Damals gab es ja diese Frauen-und-Technologie-Debatten. Mit den enormen Automatisierungsmöglichkeiten hat man da-

mals die Vertreibung der Frauen aus den Büros befürchtet. Da haben sich die Firma Siemens und die technikkritischen GewerkschafterInnen in einer lustvollen Apokalypse getroffen, wenn Sie so wollen. Empirisch sind die Dinge dann völlig anders gelaufen. Das hat mir eine gewisse Skepsis gegenüber dieser Art von Prognosen eingebracht, nach denen die Arbeit der Zukunft in gewisser Art und Weise völlig anders aussehen wird als die Arbeit der Gegenwart. Die gibt es ja immer noch. Das stimmt im Allgemeinen nicht so ganz.

Unsere Arbeitswelt hat sich aber seit den 1980ern gigantisch verändert. Was ist gleich geblieben?

Zum Beispiel die Tatsache, dass immer noch relativ viele Menschen ihrer Arbeit an einem dezidierten Arbeitsplatz nachgehen. Wenn Sie sich die Laptop- und Notebook-Werbung durch die Jahrzehnte ansehen, gibt es da immer diese Bilder, auf denen die Leute überall arbeiten usw. Die tun das möglicherweise auch und kontrollieren spätabends oder frühmorgens ihre E-Mails, aber eben nicht alle, nicht immer. Sei es Druck, sei es das Gefühl, die Dinge im Griff zu haben, beides spielt da eine Rolle. Aber diese Prognosen, wer alles eigentlich von zu Hause aus arbeiten könnte, sind nicht wirklich eingetroffen. Es pendeln immer noch Menschen, die möglicherweise durchaus die Technik zu Hause hätten, kilometerweit zu ihren Arbeitsplätzen.

Die Vorstellung, dass ein Betrieb etwas ist, wo Menschen zu bestimmten Zeiten zusammenkommen, um einen

oder mehrere Jobs zu erledigen, ist doch nicht ganz so obsolet, wie man geglaubt hat. Die franst an anderen Stellen aus. Es gibt natürlich Branchen und Berufe, wo nicht im Betrieb gearbeitet wird – von Unternehmensberatungen bis zu Reinigungsfirmen. Da wird die Arbeit am Ort des Kunden getan – auch in der Pflege wird z. B. mobil gearbeitet. Das ändert Arbeitsbedingungen schon, dabei spielt Technologie natürlich eine Rolle. Man muss, glaube ich, die Veränderung der Arbeitswelt nicht nur mit Blick auf die technischen Möglichkeiten betrachten. Die fügen sich immer in betriebliche Strategien, Nutzungsweisen, Marktgelegenheiten ein. Das muss man sich in dieser Kombination vorstellen. Da geht es nicht um einzelne Arbeitsplätze oder Individuen. Es kommt ja auch auf die Arbeitsbedingungen, die Organisationsprozesse – wie managt man was – und natürlich die betrieblichen Kontroll- und Herrschaftsbedürfnisse an.

Der Zuzug in die Städte hält an. Vor zehn Jahren wurden Callcenter als Chance für abgelegene Regionen propagiert.

Das ist relativ selten umgesetzt worden. Das ist genauso wie mit diesen Telebüros. Letztlich brauchen Callcenter einen relativ verdichteten Arbeitsmarkt und siedeln sich – je nachdem welche Aufgaben sie erfüllen – eher in Ballungsräumen an. Man muss dazu sagen, dass die Standortverlagerungen im deutschsprachigen Raum auch ein wenig anders funktioniert haben als im angelsächsischen.